

Wolf Paul

Strafrecht und Rechtsstaat in Brasilien. Ein kriminologisches Portrait

1. Kriminalität und Strafrecht à brasileira

Strafrecht wird in Brasilien anders verstanden als in Deutschland. Obwohl allgemeine Systemmerkmale und Grundbegriffe beider Rechtsordnungen übereinstimmen, also konvergibel sind, darf nicht übersehen werden, dass das brasilianische Strafrecht unter politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen organisiert und praktiziert wird, die mit denen in Deutschland nicht annähernd vergleichbar sind. Historisch gesehen fällt das brasilianische Strafrecht durch sein eigentümlich unzeitgemäßes Profil auf, das autokratische Traditionen des politischen Brasilien widerspiegelt. Symptomatisch ist, dass das geltende Strafgesetzbuch (*Código Penal*) aus dem Jahre 1940 stammt, also aus der Zeit der Vargas-Diktatur, und dass der autoritäre Geist dieses Gesetzbuches bis heute im juristischen Bewusstsein des Landes fortlebt. Erst die demokratische Verfassung von 1988 hat die Wende signalisiert und das Strafrecht entschieden rechtsstaatlich dargestellt. Doch der semantische Schein trügt. Immer noch charakterisiert der Konflikt zwischen autokratischer Tradition und konstitutioneller Moderne das Kriminaljustizsystem Brasiliens. Entsprechend ambivalent ist sein Ruf in der brasilianischen Öffentlichkeit

Der pragmatische Maßstab, mit dem gemeinhin das staatliche Strafrecht beurteilt wird, ist seine Tauglichkeit und effektive Wirksamkeit als Instrument der Verbrechensbekämpfung, also das Maß an öffentlicher Sicherheit, das es tatsächlich gewährleistet. In dieser Hinsicht verfügt die gesellschaftliche Öffentlichkeit Brasiliens über leidvolle Erfahrungen, die die Kompetenz des staatlichen Strafrechts in Abrede stellen: Öffentliche Sicherheit ist nicht existent und daher allen Umfragen zufolge die allererste Sorge der gesamten Bevölkerung. Sie beherrscht die Chroniken des brasilianischen Alltags, der bestimmt ist von der bedrängenden Wirklichkeit der Gewalt, die sich in Straftaten entlädt. Vor Augen tritt die dramatische Lebenssituation der ganzen Nation, die geprägt ist von der unmittelbaren Bedrohung jedes Einzelnen durch die Allgegenwart des Verbrechens. Die Kriminalstatistiken zeigen die brasilianische Gesellschaft in einer Art Kriegszustand (Brasil: Perfil do País 2009; Centro de Estudos de Segurança 2009). Jahr für Jahr

verlieren mehr als 40.000 Menschen durch Schusswaffen ihr Leben, nicht wenige davon durch Schusswaffen der Polizei. Jeder 3. Brasilianer wird mindestens einmal in seinem Leben Opfer eines Raubüberfalls. Nach Einbruch der Dunkelheit trauen sich die Menschen nicht auf die Straße. Die Wohnviertel der Armen (*favelas*) gelten als notorische Sperrgebiete und Gefahrenzonen für jeden Fremden.

Die reale Bedrohungslage spiegelt sich in der Ohnmacht der Staatsgewalt und in ihrem wiederkehrenden Versagen, die Bürger zu schützen und die Täter zu bestrafen. Nur 10-20% der Mordtaten werden aufgeklärt. Der virulenten Gewaltkriminalität in den Städten und im Landesinnern ist auch mit härtester polizeilicher Repression nicht beizukommen. Gegenüber der Gewalt in den *favelas* sind selbst die gefürchteten "Tropa de Elite" (*Batalhão de Operações Policiais Especiais* – BOPE) machtlos. Der Kampf gegen mafiöse Netzwerke (Drogen, Geldwäsche) und Wirtschaftsverbrechen (Korruption) erweist sich regelmäßig als chancenlos. Verfahren gegen prominente Täter aus Politik und Wirtschaft enden erfahrungsgemäß durch Freispruch oder Einstellung, also straflos (*impunidade*). Das Verbrechen ist in Brasilien als gesellschaftliche Großmacht etabliert. Es beherrscht den öffentlichen Raum, tritt ebenso spontan wie logistisch in Erscheinung, agiert in zivilen wie öffentlichen Institutionen, erweist sich als strategischer Gegenspieler der Staatsmacht.

Illustres Beispiel ist die "Partei des Verbrechens" ("Partido do Crime"). Es handelt sich um einen Zusammenschluss von Strafgefangenen, die sich 1993 gelegentlich eines Fußballspiels auf dem Hof der Strafanstalt Casa de Custodia Taubaté (São Paulo) quasi gewerkschaftlich verbündet haben, um gegen die unmenschlich harten Haftbedingungen in den Gefängnissen des Landes vorzugehen und für das 1992 polizeilich begangene "Massaker" in der total überbelegten Strafanstalt "Carandirú" Vergeltung zu üben (Benoit 2006). Aus dieser Vereinigung sind das berüchtigte "Erste Kommando der Hauptstadt" (*Primeiro Comando da Capital* – PCC) sowie in Rio de Janeiro das "Rote Kommando" (*Comando Vermelho* – CV) hervorgegangen, die unter ihren prominenten Anführern Marcola und Fernandinho Beira-Mar mit Mobiltelefonen aus den Gefängnissen heraus Gefangenenaufstände in den Haftanstalten des Landes, Drogentransporte sowie bewaffnete Überfälle auf Polizeistationen, Tankstellen, Banken und Supermärkte organisieren. Am Freitag, dem 12. Mai 2006, blieben nach Terrordrohungen des PCC in der Zwölf-Millionen-Metropole São Paulo Geschäfte, Restaurants, Banken, Schulen und Busstationen geschlossen. Der Verkehr kam zum Erliegen,

Polizeiwagen und Busse brannten, bei Schießereien mit der Polizei gab es Tote und Verletzte. Anschließend soll sich der Gouverneur des Staates São Paulo auf Verhandlungen mit dem PCC und auf dessen Forderungen nach humaneren Haftbedingungen eingelassen haben. In gleicher Weise hatte am 1. Oktober 2002 das "Rote Kommando" ganz Rio de Janeiro zum Opfer seiner Terroranschläge gemacht.

Nicht zuletzt sind Vorgänge wie diese in den Augen der brasilianischen Öffentlichkeit symptomatisch für die Ohnmacht der Staatsgewalt, die öffentliche Sicherheit zu garantieren. Das gesamte Kriminaljustizsystem steht am Pranger des Versagens. An diesem Dilemma wird sich in absehbarer Zeit auch nichts ändern. Immerhin arbeiten Parlamentskommissionen seit 25 Jahren daran, durch eine Reform des Strafprozessrechts die Verfahren der Justiz zu beschleunigen und auf diese Weise schlagkräftiger zu machen (Dotti 2009). Das brasilianische Strafrechtssystem ist nach Ansicht der Parlamentsjuristen veraltet (Casagrande 2008), die Strafverfolgungssysteme von Polizei, Staatsanwaltschaft, Justiz und Vollzug sind schlecht koordiniert und leiden am Kompetenzkonflikt zwischen Bundes- und Landesbehörden. Hinzu kommen behördenintern erhebliche regionale Unterschiede in den kriminalpolitischen Vorstellungen von Verbrechensbekämpfung und Strafverfolgung (Aragão 2007). Von daher ist kaum zu erwarten, dass die bevorstehende Reform des Strafprozesses den Durchbruch schaffen wird. Sie ist wie jede andere Formalreform in Brasilien ein probates Mittel symbolischer Politik. Ihr kriminalpolitisches Veränderungspotenzial zielt auf das Langsamkeitssyndrom der Justiz (*morosidade*), nicht auf die eigentlichen sozialen Ursachen des Kriminalitätsproblems, die in der Gewalt zu suchen sind, die aus der Armut und der sozialen Ungleichheit kommt (DaMatta 1982). Nach Angaben des *Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística* (IBGE) gilt ein Drittel der brasilianischen Bevölkerung, also 50 Millionen Einwohner, als "arm" und "sozial ausgeschlossen". Sie haben einen halben Minimallohn (70 EUR) zur Verfügung, und ihre größte Sorge ist das tägliche Brot und das Dach über dem Kopf. Die von der ökonomischen Entwicklung und der sozialen Gerechtigkeit Ausgeschlossenen (*marginais, favelados, sem-terra e sem-justiça*) bilden in Brasilien wie im übrigen Lateinamerika die soziale Klasse, aus der sich das Verbrechen immerfort rekrutiert (Bergalli 2000; 2003). Ohne gleichzeitige radikale Sozialreform und Verbesserung der Lebensqualität in den Elendsregionen des Landes wird der neue *Código de Processo Penal* die Erwartung der Öffentlichkeit auf Verbesserung der Sicherheitslage nicht erfüllen können. Gleichwohl ist es aus übergeordneter

historischer Sicht angezeigt, in der geplanten Strafprozessrechtsnovelle einen Neuanfang in der Bemühung um die Modernisierung des brasilianischen Strafrechts zu erblicken. Die anhängende Große Justizreform (*Reforma do Judiciário*) lässt weiter auf sich warten (Rabello/Bottini 2005).

2. Strafrecht und Rechtsstaat im geschichtlichen Überblick

Dem in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit Brasiliens vorherrschenden Negativ-Bild des Strafrechts widerstreitet das Positiv-Bild, das die Gesetze vermitteln und das juristische Handeln bestimmt. Das liegt daran, dass auch brasilianische Juristen wie Juristen überall auf der Welt an die geltenden Gesetze gebunden sind, auch wenn in Brasilien das Bindungspostulat kein Verfassungsgebot ist und gern umgangen wird (“Jeitinho Brasileiro”, Paul 2005). Die Juristenprofession bewertet das Strafrecht nicht wie die laienhafte Öffentlichkeit nach seinem realen kriminalpolitischen Gebrauchswert, sondern nach seinen normativen Qualitäten, also an seiner Übereinstimmung mit den geschriebenen Verfassungsgeboten wie den Prinzipien der Gerechtigkeit, der Menschenwürde, der Rechtsstaatlichkeit, der Unabhängigkeit der Strafjustiz, der Humanität des Strafvollzugs. In dieser Hinsicht sprechen die Gesetze eine ideale Sprache. Sie lassen in Wortlaut und Interpretation das brasilianische Strafrecht als ein hochmodernes rechtsstaatliches Strafrecht erscheinen, das den Vergleich mit internationalen Standards nicht zu scheuen braucht (Zaffaroni/Batista 2003; Batista 2005; Tavares 2007).

Diese Standards gelten in Brasilien als Errungenschaften der landeseigenen Geschichte des Strafrechts, deren zivilisatorische Fortschrittstendenz – wenn auch epochal versetzt – merkliche Parallelen zu verwandten europäischen Entwicklungen aufweist. Das luso-brasilianische Strafrecht beginnt mit der Rezeption der mittelalterlichen Traditionen Portugals. Während der gesamten Kolonialzeit (1500-1822) galt in den Überseeterritorien der portugiesischen Krone in Fortschreibung der Alfonsinischen und Manuelinischen Ordenationen das 5. Buch der *Ordenações Filipinas*, ergänzt durch eine Vielzahl königlicher Erlasse und lokaler Kodizes. Es diente mit seinem Arsenal überaus grausamer Strafen und Verfahrensweisen der Durchsetzung und Aufrechterhaltung von Kolonialmacht und Sklavenwirtschaft. Noch im 19. Jahrhundert, nach der Lossagung von Portugal durch die Unabhängigkeitserklärung von 1822 und unter Verhältnissen einer aufgeklärten Monarchie (Kaiser Pedro II.), wurde Strafrecht vor allem von den allmächtigen Oligarchen auf den Zuckerrohr-, Kaffee- und Kautschukplantagen ausgeübt und lag im Übrigen hauptsächlich in den Händen der polizeilichen Exekutive

– wie der *Código Criminal* von 1830 und vor allem noch der von 1890 ver-raten. Die obrigkeitsstaatliche, einseitig gegen das “niedere Volk” und das ländliche Proletariat gerichtete Grundorientierung des Strafrechts blieb auch nach Abschaffung der Monarchie und republikanischer Verfassungswende im Jahre 1891 ungebrochen und erwies sich in der Folgegeschichte als relativ immun gegen politischen Wandel und Liberalisierungsversuche. Die repressive Tendenz dominierte die Konsolidation des Strafrechts von 1932 sowie die nationale Kodifikation von 1940 und feierte Urständ im “*Neuen Strafgesetz*” von 1969, dem Strafgesetzbuch der Militärregime, das die nationale Sicherheitsdoktrin in Gestalt des berühmten *Ato Institucional No. 5* (AI 5) instrumentalisiert und in seiner Anwendung gegen alle sogenannten Feinde und Störer der öffentlichen Ordnung verheerend gewirkt hat. Derzeit gilt immer noch, wenn auch semantisch modifiziert, der *Código Penal* von 1940 aus der Zeit der Vargas-Diktatur (1930-1945), der im positivistischen Geiste der Lombroso, Ferri und Garofalo geschaffen wurde und diesen nach maßgeblicher Meinung noch heute repräsentiert.

Noch ein anderes Erbe aus autoritärer Zeit lebt weiter fort. Dem von Getúlio Vargas in Form der Verfassung von 1937 ausgerufenen “*Neuen Staat*” (“*Estado Novo*”) verdankt das brasilianische Strafrecht eine spezifisch militärrechtliche Ausprägung, insofern seinerzeit außer militarisierter Schutzpolizei (*polícia militar*) und Ministerien für nationale Sicherheit auf konstitutionellem Wege eine eigenständige Militärjustiz geschaffen (Art. 122-124 der Verfassung von 1934) und diese auf der Grundlage eines Militärstrafgesetzbuches (*Código Penal Militar*, 1944) mit der Kompetenz zur Ahndung auch ziviler Straftaten ausgestattet wurde (Bicentenário da Justiça Militar 2008). Für geschichtliche Kontinuität sorgte die in den sechziger Jahren ausgerufene – diesmal rein militärische – Diktatur. Nach der Macht-ergreifung im Jahre 1964 haben die Putschgeneräle und regierenden Militär-regime das polizeistaatliche System übernommen und spezifisch ausgestal-tet. Zusammen mit dem *Neuen Strafgesetzbuch von 1969* (Decreto-lei 1.004) wurden im gleichen Jahr ein verschärftes Militärstrafgesetzbuch (*Código Penal Militar*) und eine Militärstrafprozessordnung (*Código de Processo Penal Militar*) dekretiert sowie die Militärpolizei reorganisiert. Diese wurde in allen Staaten der föderativen Republik stationiert und einem aktiven Bri-gadegeneral des Heeres als Generalinspekteur unterstellt. Das hatte über ein Jahrzehnt lang verhängnisvolle Folgen. Mit dem wegen seiner Folterprakti-ken berühmten prozessualen Instrument der “IPM” (*Inquérito Policial Militar* – Militärpolizeiliches Strafermittlungsverfahren) und anschließender

Aburteilung durch die Zivil- oder Militärjustiz ist in den siebziger Jahren, ähnlich den Vorgängen in Chile und Argentinien, die gesamte politische, gewerkschaftliche und intellektuelle Opposition zum Schweigen gebracht worden. Heute untersteht die omnipräsente Militärpolizei den Landesregierungen und ist Schutzpolizei mit weitreichenden Befugnissen zur Verbrechensbekämpfung. Die erste, dezidiert demokratische Verfassung der brasilianischen Geschichte, die *Constituição da República Federativa do Brasil* von 1988, brachte die Wende zur Rechtsstaatlichkeit. Erst mit geschichtlicher Verspätung also hat das brasilianische Strafrecht einen konstitutionellen Status erlangt, der seine förmliche Qualifizierung als rechtsstaatliches Strafrecht rechtfertigt.

Das soll nicht heißen, dass in der vorangegangenen Rechtsgeschichte Brasiliens der Gedanke eines die staatliche Strafgewalt begrenzenden, Menschenwürde und Grundrechte achtenden, allseits gerechten und humanen Strafrechts keinen öffentlichen Raum gehabt hätte. Gelegenheit dazu boten bereits die Universitätsgründungen des 19. Jahrhunderts (Reale 1976; Venancio Filho 1982). An Brasiliens öffentlichen Hochschulen gelangten Kriminalwissenschaft und Rechtsphilosophie zur Blüte, nicht zuletzt aufgrund des Austausches mit europäischen Universitäten, hier insbesondere mit deutschen und italienischen Schulen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts haben brasilianische Professoren die weltläufigen Prinzipien und systematischen Lehren des Strafrechts wissenschaftlich vertreten und gegen die repressiven Kriminalpolitiken der Zeit behauptet.

Auch im folgenden 20. Jahrhundert haben sie mit rechtsstaatlichen Ideen und praktischen Reformentwürfen auf alle großen Gesetzesvorhaben der Politik mildernd eingewirkt. Der beständig gepflegte Kontakt mit den europäischen Strafrechtswissenschaften hat dazu geführt, dass viele der brasilianischen Strafgesetzgebungen in Stil und Technik europäische Vorbilder erkennen lassen. Der beste Kenner dieser geschichtlichen Zusammenhänge, der spanisch-argentinische Strafrechtler Luis Jiménez de Asúa, hat dargelegt, dass außer der italienischen positivistischen Schule die große Tradition der deutschen Strafrechts- und Kriminalwissenschaften in Brasilien von dauerhaftem Einfluss gewesen ist (Jiménez de Asúa 1964). Tobias Barreto (1839-1889), Kulturphilosoph und Begründer der germanistischen Rechtsschule von Recife, hat in seinen ausgeprägt sozialkritisch orientierten Strafrechtsschriften mit Kant und Feuerbach den feudalen Strafrechtsverhältnissen seiner Zeit den Spiegel vorgehalten. Rui Barbosa schrieb den *nullum crimen sine lege*-Grundsatz sowie die *habeas-corpus*-Garantie in die Verfassung der

Republik der Vereinigten Staaten von Brasilien von 1891 (Art. 72). Clóvis Bevilacqua (1859-1944), Schöpfer des ersten brasilianischen Zivilgesetzbuches nach deutschem Vorbild, hielt bereits im Jahre 1896 das rein juristische Strafrecht für ungenügend und forderte die kriminologische Erforschung der Strafrechtswirklichkeit (Paul 1995; Losano 2003). Die beiden herausragenden Strafrechtsprofessoren und Gesetzgebungsjuristen Roberto Lyra und Nelson Hungria Hofbauer haben vor allem das Strafrecht Franz von Liszts und seiner Schüler rezipiert und durch ihre Kommissionsentwürfe zum noch heute geltenden Strafgesetzbuch von 1940 stilbildend gewirkt. Wenn sie in der Zeit der Vargas-Diktatur ihr Denken und Wissen in den Dienst des "Estado Novo" (Hentschke 1996) stellten, so geschah dies im guten Glauben an die Möglichkeit, den polizeistaatlich ausgerichteten *Código Penal* an rechtsstaatliche Prinzipien zu binden. Dass diese Hoffnung getrogen hat, hat sie nicht abgehalten, weiter in den Parlamentskommissionen zur Strafrechtsreform mitzuarbeiten. In der politischen Geschichte Brasiliens haben die zumeist autoritären Regime nie gezögert, die Wissenschaften ihren kriminalpolitischen Zielsetzungen zu unterwerfen. Erst seit Ausformulierung der *rule of law* im demokratischen Verfassungsgesetz von 1988 sind den ausgeprägten Rechtsstaatsvorstellungen der Strafrechtswissenschaften größere politische Einflussmöglichkeiten eingeräumt.

3. Strafrecht und Rechtsstaatsverfassung

Das demokratische und rechtsstaatliche Profil des brasilianischen Strafrechts ist umfangreich in der Verfassung von 1988 normiert. Als herausragende Errungenschaft gilt die neu geschaffene Grundrechtsverfassung, die durch ihre Systematik und Ausführlichkeit beeindruckt und der Ausübung der staatlichen Strafgewalt auf allen Ebenen klare Grenzen setzt. Außer den Basisprinzipien Menschenwürde, Rechtsstaat und Gewaltenteilung (Art. 1 und 2) sowie Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 5.I) werden folgende strafrechtliche Garantien statuiert: Freiheitsbeschränkung nur durch Gesetz (Art. 5.II), Folterverbot (Art. 5.III), gerichtlicher Rechtsschutz (Art. 5.XXXV), der *nulla poena sine lege*-Grundsatz (Art. 5. XXXIX), Rückwirkungsverbot (Art. 5.XL), das Verbot von Ausnahmegerichten (Art. 5.XXXVII), umfassende Verteidigung vor den Geschworenengerichten (Art. 5.XXXVIII), Verbot der Todesstrafe und lebenslanger Freiheitsstrafe (Art. 5.XLVI), ungehinderter Besuch und Recht des Strafgefangenen auf Achtung seiner körperlichen und sittlichen Integrität (Art. 5.XLIX), Unzulässigkeit unerlaubt erlangter Beweismittel in Strafverfahren (Art. 5.LVI), Unschuldsvermutung

(Art. 5.LVII), Möglichkeit der Privatklage im Falle der Nichterhebung der öffentlichen Klage (Art. 5.LIX), Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlung (Art. 5.LX), Gesetzesbestimmtheit bei Grundrechtseingriffen in Untersuchungshaftverfahren (Art. 5.LXI-LXVI), kostenloser Rechtsbeistand bei Bedürftigkeit (Art. 5.LXXIV), *Habeas Corpus* (Art. 5. LXVIII), *Habeas Data* (Art. 5.LXXII), unmittelbare Anwendbarkeit der Grundrechtsnormen und -garantien durch alle Gerichte (Art. 5.LXXVII). Mit Vorrang gelten ferner die strafrechtlich relevanten Schutznormen und Prinzipien der großen UN-Menschenrechtskonventionen, die Brasilien ratifiziert hat, wozu inzwischen auch beide Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (OIT) zum Schutz der indigenen Völker gehören (Art. 4.II). Die Geltung der individuellen Grund- und Menschenrechte und ihrer Garantien wird noch dadurch gesichert, dass sie von jeglicher Emendierung (Verfassungsänderung) ausgenommen sind, also den Status von *cláusulas pétreas* (Ewigkeitsgarantien) genießen (Art. 60 § 4.IV).

Viele der genannten Verfassungsbestimmungen finden in den einfachen Strafgesetzen ihre Ausführung und Ergänzung. Das Strafgesetzbuch (*Código Penal* de 1940) erfüllt nach der Novellierung seines Allgemeinen Teils durch Lei n°. 7.209/84 die rechtsstaatlichen Erwartungen an Differenziertheit und Bestimmtheit der Tatbestände sowie an Abgestuftheit und Verhältnismäßigkeit der Strafandrohungen. Der Rechtsgüterschutz ist durch zahlreiche Einzelgesetze (*leis extravagantes*) modernisiert und erfasst wie selbstverständlich die strafbaren Formen der Vermögens- und Wirtschaftskriminalität wie Korruption, Subventions-, Konkurs- und Versicherungsbetrug, ferner die Folter, Umweltverbrechen, Drogenkriminalität, die Straftaten gegen die öffentliche Gesundheit durch gefährliche Stoffe. Die Modernisierung hat auch die Ebene der Gerichtsverfassung erfasst. Für die Praxis des Strafrechts bedeutsam ist die strukturelle Ausdifferenzierung der Justiz durch Schaffung spezialisierter Gerichtsbarkeiten (*juízos especiais*) geworden.

Die Strafprozessordnung von 1941 (*Código de Processo Penal* – CPP), die erste ihrer Art in der brasilianischen Strafrechtsgeschichte, wird heute rechtsstaatlich ausgelegt in dem Sinne, den Beschuldigten nicht zum bloßen Objekt und Mittel von Verfahren zu degradieren und seine legitimen Interessen auf Gehör und Verteidigung sowie auf psychophysischen Schutz gegen Missbrauch staatlichen Zwanges zu wahren. Als Belege können beispielsweise angeführt werden: die Bestimmungen der Prozessordnung über Verteidigungsrechte wie Art. 261 CPP (keine Anklage, kein Urteil ohne Verteidigung), Art. 262 CPP (Minderjährigen steht ein Kurator bei), Art. 263 CPP

(bei Ausfall oder Ablehnung des Verteidigers kann Angeklagter einen anderen Verteidiger seines Vertrauens benennen oder sich selbst verteidigen), Art. 186 CPP (Schweigerecht des Beschuldigten), Art. 647 und 648 (*habeas corpus* in Fällen staatlicher Gewaltanwendung und illegalem Zwang), Art. 621 (Recht des Verurteilten auf Rechtsmittel), Art. 623 (Recht des Verurteilten und seiner Familienangehörigen auf Anstrengung von Wiederaufnahmeverfahren).

Beeindruckend sind Zahl und Bestimmtheit der rechtsstaatlichen Bestimmungen auch des Strafvollzugsgesetzes von 1984 (*Código de Execução Penal* – CEP), das für alle Maßnahmen im Bereich der Haftanstalten die Einhaltung der Gesetzlichkeit fordert, um – so heißt es in der Exposition der Motive – “zur Wahrung von Würde und Menschlichkeit des Strafrechts Exzess und Missbrauch im Vollzug zu verhindern”. In diesem Sinne sind Vorschriften zu lesen wie Art. 40 CEP (Anstaltsbehörden haben jederzeit die körperliche und moralische Integrität der Häftlinge zu achten), Art. 17ff. CEP (Recht der Häftlinge auf religiösen Beistand, Religionsausübung, Teilnahme an berufsbildenden Kursen), Art. 12, 13-15, 22-25 (Recht auf medizinische, juristische und soziale Betreuung), Art. 28-37 CEP (Recht auf bezahlte Arbeit und Sozialversicherung), Art. 41 (Recht auf hinreichende Ernährung, auf Medikamente, auf Intimbefuche von Ehefrauen oder Freundinnen, auf Anwaltskontakt, auf Beschwerde und Petition, auf Briefverkehr und Medienzugang), Art. 88 (Recht auf Unterbringung in einer Einzelzelle von mindestens 6 qm Schlafraum, separater sanitärer Anlage und unter adäquaten hygienischen, klimatischen und akustischen Bedingungen), Art. 112-117 (Progressive Vollzugserleichterung von Langzeithäftlingen aufgrund richterlicher Anordnung sowie eines vorherigen Gutachtens der *Comissão Técnica de Classificação* und einer kriminologischen Überprüfung; nach Verbüßung von einem Sechstel der Strafe Überstellung in eine weniger strenge Vollzugsstufe), Art. 126ff. CEP (Wechsel der Vollzugsart, Möglichkeiten der Überstellung vom geschlossenen in den halboffenen und von diesem in den offenen Vollzug), Art. 183 CEP (in Fällen eintretender Bewusstseinsstörung darf die Ersetzung des Freiheits- durch den Sicherungsvollzug nur auf Antrag der Staatsanwaltschaft und Anordnung des zuständigen Richters erfolgen). Auf die Eigentümlichkeiten der brasilianischen Verhältnisse zugeschnitten sind die Artikel 107 und 172 CEP, die dem Prinzip *nulla executio sine titulo* Nachdruck verleihen: Die Aufnahme in den Vollzug darf nur nach Vorlage der förmlichen richterlichen Einweisungsanordnung erfolgen. Gleiches gilt für die Internierung im Anstaltshospital oder zur psychiat-

rischen Behandlung. Übergeordnet gelten die Menschenrechte im Innern der brasilianischen Haftanstalten, insbesondere die Bestimmungen gegen erniedrigende Behandlung von Strafgefangenen durch Maßnahmen wie Folter, grausame Zwangsanwendung, unwürdige Verwahrung und Isolierung sowie Schikanen.

4. Das brasilianische Dilemma: Die Paradoxien des Strafrechts

In semantischer Hinsicht, so das Ergebnis der vorangegangenen Verfassungs- und Gesetzeslektüre, ist das geltende Strafrecht Brasiliens zweifellos als ein humanes und rechtsstaatliches Strafrecht ausgewiesen. Doch liefe man Gefahr, seine Besonderheit und Eigenart zu verkennen, würde man es beim Wort nehmen und seinen Wortlaut für die Wirklichkeit halten. Denn diese Wirklichkeit hat eine informelle, konträre Textur. Die brasilianische Kriminologie hat sie seit zwei Jahrzehnten empirisch erforscht (Donnici 1976; Batista 1990; Kant de Lima 2000) und überzeugend nachgewiesen, dass die tatsächliche Praxis von Strafverfolgung, Strafjustiz und Strafvollzug die rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Standards der Verfassung unterläuft und nach autokratischer Gewohnheit verfährt.

Auffälligstes Beispiel ist das sogenannte "parallele" Strafrecht von Polizei und Justiz. Nach Berichten von *Americas Watch Committee* (1993) und *Global Justice Center* (2004) steht vor allem die Schutzpolizei (*polícia militar*) im Verdacht von Machtmissbrauch und Menschenrechtsverletzung. Landesweit notorisch ist ihr militärisches Auftreten in Großeinsätzen zur Bekämpfung von Gewalt und Aufruhr in den Haftanstalten. Das berühmte "Massaker von Carandirú" im Jahre 1992 mit 111 rücklings erschossenen Häftlingen geht auf ihr Konto (Amnesty International 1995; Varella 1996). Auch bei Razzien in den *favelas* wird ohne Vorwarnung von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. Verdächtige, oft Jugendliche, werden zusammengetrieben, gefesselt, in Haftzellen gepfercht, verhört, gefoltert und mit dem Geständnisprotokoll der weiter zuständigen Behörde überstellt. Getötete Personen werden mit dem stereotypen Vermerk "in Notwehr erschossen" in die Gerichtsmedizin verbracht. Verfahren gegen tatverdächtige Angehörige der Militärpolizei sind dagegen selten. Ohnehin fallen sie nicht automatisch in die Kompetenz der ordentlichen Justiz, sondern in die der Militärjustiz, die so besetzt ist (zwei Militärs, ein Zivilrichter), dass Einstellung, Freispruch oder geringfügige Strafen garantiert sind. Hinzu kommt, dass das strafprozessuale Ermittlungsverfahren (*inquérito policial*) nicht in die Zuständigkeit der Justiz fällt, sondern in die der polizeilichen Exekutive. Die

Kriminalpolizei, in Brasilien “zivile” oder “gerichtliche Polizei” genannt (*policia civil, policia judiciária*), erstellt selbstständig und unabhängig von staatsanwaltlicher Aufsicht und Eingriffsmöglichkeit das gesamte Belastungsmaterial und übergibt dieses direkt dem zuständigen Strafrichter. Die Polizei allein bestimmt, was Ergebnis der Ermittlungen ist, sodass die rechtsstaatlich notwendige Kontrolle durch die Staatsanwaltschaft ausgeschlossen ist (Tucci/Vidigal 2001). Nachgewiesenermaßen üblich sind im Handlungsbereich der Polizei Folterpraktiken zur Geständniserzwingung, vorläufige Inhaftierung auf bloßen Verdacht, erniedrigende Behandlung von Häftlingen und Vorenthaltung der anwaltlichen Verteidigung. Der Untersuchungsbericht des “Special Rapporteur” der Vereinten Nationen, Sir Nigel Rodley, kommt zu der Feststellung, dass von den brasilianischen Sicherheitsbehörden “Folter und ähnliche Misshandlungen in häufiger und systematischer Weise in weiten Teilen des Landes verübt werden” (Vereinte Nationen/Menschenrechtskommission 2001). In allen Bereichen der Strafverfolgung, auch in den Verfahren der Justiz und des Vollzugs, ist das vorherrschende Feindbild kein anderes als das in den Kadern der Militärpolizei. Das hier praktizierte Feindstrafrecht richtet sich bevorzugt gegen farbige Delinquenten und solche aus den kriminalisierten Vorstädten (*marginais, favelados*). “Der brasilianische Rechtsstaat”, so drückt es der Bundesstaatsanwalt und *Sub-Procurador-Geral da República* Eugênio Aragão aus, “leidet unter einem chronischen Verlust der Kontrolle über seine Behörden” (Aragão 2007: 1).

In charakteristischer Weise hat die Rechtsprechung Teil am repressiven System. Die Urteilsstatistiken zeigen, dass die Strafgerichte (*justiça comum*) gegen Unterschichttäter mit der ganzen Härte des Gesetzes vorgehen und drakonische Strafen verhängen. Diese forensische Routine hinterlässt deutliche Spuren in den Zuchthäusern Brasiliens, die bis zu 30% ihrer Kapazitäten überbelegt sind und deren Gefangenenpopulationen zu 90% aus Farbigen (*pretos e pardos*) bestehen. Doch nicht alle Delinquenten müssen die Härte der Strafjustiz fürchten. Vielmehr steht im Mittelpunkt der Justizkritik das, was der prominente Strafrechtsprofessor Rogério Lauria Tucci von der Rechtsfakultät in São Paulo “das unverhohlene Wohlwollen der Strafjustizorgane gegenüber Straftaten von Angehörigen höherer Gesellschaftsschichten in Gestalt von unbegründeten Freisprüchen oder lächerlichen Strafen” nennt. Nach seiner Einschätzung ist es “selten und fast unwahrscheinlich, dass ein Angehöriger der wirtschaftlichen oder politischen Elite, der sich eines Verbrechens schuldig gemacht hat, ins Gefängnis geht”

(Tucci 2001). Das entspricht der Wahrnehmung in der brasilianischen Öffentlichkeit. *“A cadeia para os pobres, a impunidade para os ricos”* (“Strafe für die Armen, Strafflosigkeit für die Reichen”), heißt im Volksmund die diskrete Regel, nach der Strafrecht gesprochen und das Prinzip von Rechtsstaatlichkeit und Gleichbehandlung in sein Gegenteil verkehrt wird. Im Februar 2006 bestätigte ein spektakulärer Freispruch in São Paulo die Regel. Oberst Ubiratan Guimarães, im Jahre 1992 Chef der *tropa de choque*, der Militärpolizei von São Paulo, musste sich wegen des von ihm befohlenen “Massakers von Carandirú” gerichtlich verantworten. Der Oberst saß keinen Tag in Untersuchungshaft und blieb strafflos. Das Gericht hatte bloße Verfahrensfehler zur Begründung seiner freisprechenden Entscheidung angegeben.

Das Strafrecht Brasiliens, so die faktische Bilanz der kriminologischen Justizanalysen und das nüchterne Fazit der brasilianischen Juristen und Sozialwissenschaftler, trägt einen Januskopf. Zum einen bewahrt es den nominalistischen Schein konstitutioneller Rechtsstaatlichkeit, zum andern offenbart es durch seine informelle Praxis die autokratischen Züge von polizeistaatlichem Sicherheitsrecht und von unverhohlener Klassenjustiz. Kulturosoziologen wie Darcy Ribeiro (1988) oder Roberto DaMatta (1979) erklären diese für sämtliche Rechtsverhältnisse Brasiliens charakteristische Disparität von Norm und Wirklichkeit als Ausdruck der anhaltenden Unterentwicklung des Landes und damit als Epiphänomen des gesamtgesellschaftlichen “brasilianischen Dilemmas”. Damit ist die historische Verspätung des brasilianischen Rechtswesens beim Namen genannt. Indiziert ist die Unzeitgemäßheit des geltenden Strafrechts Brasiliens, das sich zwar im Gewande der Rechtsstaatlichkeit präsentiert, seine Rechtsstaatlichkeit aber nicht implementiert. Dadurch ist es selbst Teil des Unrechts, das es zu bekämpfen hat. Inzwischen hat das offizielle Brasilien die Faktizität unrechtsstaatlicher Praxis im Lande eingestanden und gibt sich geschockt (*Tortura no Brasil* 2000). Doch wie so oft ist die hegelianische “List der Vernunft” auf Seiten Brasiliens (Chacon 1990). Im beginnenden 21. Jahrhunderts ist das unrechtsstaatliche Skandalon keine brasilianische Spezialität mehr, sondern internationale Tendenz. Seit dem Terroranschlag vom 11. September in New York werden die Strafrechte aller zivilisierten Nationen massiv von sicherheitsstaatlichen Prioritäten unterwandert und genötigt, die unantastbaren Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zu relativieren respektive zu annullieren (Jenseits des rechtsstaatlichen Strafrechts 2007).

Zitierte Rechtsquellen

As Constituições do Brasil. Ed. Hélio Silva (o.J.). Brasília: Editora Lidaador.

Constituição da República Federativa do Brasil promulgada em 5 de outubro de 1988. Integra das Emendas Constitucionais N. 1 (1992)–N. 57 (2008), 42ª ed. 2009, São Paulo: Editora Saraiva [dtsh. Die Verfassung der Föderativen Republik Brasilien vom 5. Oktober 1988, hrsg. von Wolf Paul. In: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts*, NF, Bd. 38, S. 462–497].

Consolidação das Leis Penais, Decreto-lei 22.213, de 14.12.1932 (Strafrechtsreformgesetz).

Código Penal, Decreto-lei n.º. 2.848, de 7.12.1940 [dtsh.: Das brasilianische Strafgesetzbuch vom 7. Dezember 1940, hrsg. von Dietrich Lang-Hinrichsen, Berlin 1953; De Gruyter).

Código de Processo Penal, Decreto-lei 3.689, de 03.10.1941 (Strafprozessordnung).

Redação do Código Penal, Lei 7.20, de 11.07.1984 (Novelle zum Strafgesetzbuch).

Lei de Execução Penal, Lei 7.210, de 11.07.1984 (Strafvollzugsgesetz).

Lei dos Crimes Hediondos, Lei 8.072, de 25.07.1990 (Kapitalverbrechen).

Lei 8.137, de 27.12. 1990 (Straftaten gegen Wirtschafts- und Finanzordnung).

Lei 8.429, de 2.06.1992 (Korruptionsstraftaten).

Lei 9.034, de 03.05.1995 (Prävention und Repression krimineller Organisationen).

Lei dos Crimes de Tortura, Lei 9.455, de 07.04.1997 (Folterstraftaten).

Lei 9.605, de 12.02.1998 (Straftaten und Ordnungswidrigkeiten gegen die Umwelt).

Lei de Drogas, Lei 11.343/2006 (Drogenstraftaten).

Código de Justiça Militar, Decreto-lei 925, de 02.12.1938 (Militärjustizgesetz).

Código Penal Militar, Decreto-lei 6.227, de 24.01.1944 (Militärstrafgesetzbuch).

Código Penal Militar, Decreto-lei 001.001, de 21.10.1969 (Militärstrafgesetzbuch).

Lei de Organização Judiciária Militar, Decreto-lei 1.003, de 21.10.1969 (Militärjustizreformgesetz).

Código de Processo Penal Militar, Decreto-lei 1.002, de 21.10.1969 (Militärstrafprozessordnung).

Literaturverzeichnis

Amnesty International (1995): *Carandirú, das Gefängnismassaker in São Paulo*. Berlin: FDCL-Verlag.

Aragão, Eugênio José Guilherme de (2007): *Strategien zur Durchsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtung zur Strafverfolgung der Folter am Beispiel Brasiliens* (Bochumer Schriften zur Friedenssicherung und zum Humanitären Völkerrecht, Bd. 56). Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.

Barreto, Tobias ([1892] 1991): “Prolegômenos do Estudos do Direito Criminal” (Prolegomena der Strafrechtsforschung); “Comentário Teórico e Crítico ao Código Penal Brasileiro” (Theoretischer und kritischer Kommentar zum brasilianischen Strafgesetzbuch). In: *Obras Completas de Tobias Barreto, Estudos de Direito II.*, Edição Comemorativa do Governo de Sergipe. Rio de Janeiro: Record, S. 99–165, 166–215.

- Batista, Nilo (1990): *Punidos y mal pagos. Violência, Justiça, Segurança Pública e Direitos Humanos no Brasil de hoje* (Bestraft und schlecht bezahlt. Gewalt, Justiz, Öffentliche Sicherheit, Menschenrechte). Rio de Janeiro: Editora Revan.
- (2005): *Introdução crítica ao Direito Penal Brasileiro*. Rio de Janeiro: Editora Revan.
- Benoit, Hector (2006): *O PCC e as contradições do Brasil* (Das Erste Kommando der Hauptstadt und die Widersprüche Brasiliens). <<http://www.wsws.org>>.
- Bergalli, Roberto (2000): "Straflosigkeit und Drittländer". In: Eser, Albin/Arnold, Jörg (Hrsg.): *Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht*. Freiburg i.Br.: MPI für Strafrecht, S. 355-403.
- (2003): *Sistema Penal y Problemas Sociales*. Valencia: Edita Tirant Lo Blanch.
- Bicentenário da Justiça Militar no Brasil (2008): *Coletânea de estudos jurídicos* (200 Jahre Militärjustiz in Brasilien. Juristische Studien). Hrsg. von Maria Elizabeth Rocha und Zilah Maria Callado Fadul. Brasília: Superior Tribunal Militar.
- Bonavides, Paulo/Paes de Andrade (2002): *Historia do Direito Constitucional Brasileiro* (Geschichte des brasilianischen Verfassungsrechts). Brasília: Malheiros Editores.
- Bouças Coimbra, Cecilia (2001): "Tortura no Brasil como herança cultural dos períodos autoritários" (Folter in Brasilien als kulturelles Erbe autoritärer Epochen). In: *CEJ*, 14, S. 5-13, Brasília: Conselho da Justiça Federal.
- Brasil: Perfil do País (2009): *Marco Estratégico da UNESCO para o Brasil* (Unesco country programming document 2008-2009): <unesdoc.unesco.org/images>.
- Casagrande, Renato (2008): *Parecer. Anteprojeto do Código de Processo Penal*. Comissão para Reforma do Código Penal. Senado (Gutachten zum Gesetzesentwurf der Strafprozessordnung, Ausschuss für die Strafrechtsreform im Senat). Brasília: Senado.
- CEJ: *Revista do Centro de Estudos Judiciários do Conselho da Justiça Federal* (Zeitschrift des Zentrums für Justizforschung des Bundesjustizrats). Brasília.
- Centro de Estudos de Segurança e Cidadania (2009): *Sites com dados estatísticos de criminalidade, violência, segurança, justiça e sistema penitenciário* (Statistische Daten Kriminalität, Gewalt, Sicherheit, Justiz und Strafvollzugssystem). Brasília: CESeC.
- Chacon, Vamireh (1990): *Deus é brasileiro. O imaginário do messianismo político no Brasil* (Gott ist Brasilianer. Ursprünge des politischen Messianismus in Brasilien). Rio de Janeiro: Editora Civilização Brasileira.
- DaMatta, Roberto (1979): *Carnavais, Maladros e Horois. Para uma sociologia do Dilema Brasileiro* (Karneval, Schlitzohren und Helden. Zur Soziologie des brasilianischen Dilemmas). Rio de Janeiro: Editora Rocco.
- (1982): *A violência brasileira* (Gewalt in Brasilien). São Paulo: Editora Brasiliense.
- Deutsches Strafrecht in Brasilien: Übersetzungen der Lehrbücher Franz von Liszt (1898), Adolf Merkel (1925), Edmund Mezger (1931), Reinhart Maurach (1962), Hans Welzel (1970), Johannes Wessels (1976), Hans-Heinrich Jescheck (1982), Claus Roxin (2003), Winfried Hassemer (2008).
- Donnici, Virgílio (1976): *A criminologia na Administração da Justiça Criminal. Sistema policial, judicial e penitenciária* (Kriminologie der Strafjustiz. System von Polizei, Gericht und Vollzug). Rio de Janeiro: Editora Forense.
- (1984): *A criminalidade no Brasil. Meio milênio de repressão* (Kriminalität in Brasilien. 500 Jahre Repression). Rio de Janeiro: Editora Forense.

- Dotti, René Ariel (2009): *A reforma penal e penitenciária 25 anos depois* (Die Strafrechts- und Vollzugsreform 25 Jahre danach). Curitiba: Editora Littero-Técnica.
- Global Justice Center (2004): *Rio Report – Police Violence and Public Insecurity* (Polizeigewalt und öffentliche Unsicherheit). Rio de Janeiro. <<http://www.global.org.br>>.
- Hegel, Georg W. F. (1830): *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften*, § 209.
- Hentschke, Jens (1996): *Estado Novo. Genesis und Konsolidierung der brasilianischen Diktatur von 1937*. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik.
- Hungria Hofbauer, Nelson (1941): “O Direito Penal no Novo Estado” (Das Strafrecht im Neuen Staat). In: *Rev. Forense*, 2, S. 265-273.
- (1949): *Comentário ao Código Penal*. Rio de Janeiro: Editora Forense.
- Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística (IBGE (2002): “Os números da exclusão no Brasil” (Anzahl der sozial Ausgeschlossenen in Brasilien). In: *O Estado de São Paulo*, 04.12.2002.
- Jenseits des rechtsstaatlichen Strafrechts (2007). *Frankfurter kriminalwissenschaftliche Studien*. Hrsg. vom Institut für Kriminalwissenschaften und Rechtsphilosophie der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Bd. 100. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Jiménez de Asúa, Luis (1929): *Un viaje al Brasil* (Reise nach Brasilien). Madrid.
- (⁴1964): *Tratado de Derecho Penal. Tomo I: Concepto del Derecho Penal y de la Criminología, Historia y Legislación Penal Comparada* (Strafrecht und Kriminologie, Geschichte und vergleichende Strafgesetzgebung), Kap. XVI, S. 1330-1360. Buenos Aires: Editorial Losada.
- Kant de Lima, Roberto et al. (2000): “Violência, criminalidade, segurança pública e justiça criminal no Brasil. Uma Bibliografia” (Gewalt, Verbrechen, Öffentliche Sicherheit, Strafjustiz in Brasilien. Vollständige Bibliographie aller Forschungsarbeiten seit 1970). In: *BIB Rio de Janeiro*, 50, S. 45-123.
- Losano, Mario (2003): *A cultura brasileira no contexto do cosmopolitismo alemão* (Die brasilianische Kultur im Kontext des deutschen Kosmopolitismus). Anais do VI Congresso Brasileiro de Filosofia. São Paulo: Legnar Informática.
- Lyra, Roberto (1938): *Historia do Direito Penal Brasileiro* (Geschichte des brasilianischen Strafrechts). Rio de Janeiro: Editora Brasileira Lux.
- Paul, Wolf (1995): “Rui Barbosa. Tobias Barreto. Clóvis Bevilacqua”. In: Stolleis, Michael (Hrsg.): *Juristen. Ein biographisches Lexikon*. München: Beck, S. 63f., 65f., 85f.
- (2002): “Über Impunität und Verbrechen ohne Strafen”. In: *Festschrift für Klaus Lüderssen*. Hrsg. von Cornelius Prittwitz et al. Baden-Baden: Nomos, S. 305-316.
- (2005): “Über den ‘jeitinho brasileiro’ und die Kunst, Jurist zu sein”. In: *Summa. Dieter Simon zum 70. Geburtstag*. Hrsg. von Rainer Maria Kiesow, Regina Ogorek, Spiros Simitis. Frankfurt am Main: Klostermann, S. 487-503.
- Pierangeli, José Henrique (2004): *Códigos Penais do Brasil. Evolução histórica* (Die Strafgesetzbücher Brasiliens in historischer Entwicklung). São Paulo: Editora Revista dos Tribunais.
- Rabello, Sérgio/Bottini, Pierpaolo (2005): *Reforma do Judiciário*. São Paulo: Saraiva.
- Reale, Miguel (²1976): *Filosofia em São Paulo*. São Paulo: Editora Grijalbo.
- Ribeiro, Darcy (1988): *O Dilema da América Latina*. Petrópolis: Editora Vozes.

- Sérvulo da Cunha, Sérgio (2009): *Uma Deusa chamada Justiça* (Eine Göttin namens Justiz). São Paulo: Saraiva.
- Tavares, Juarez (2007): *Curso de Direito Penal*. São Paulo: Editora Revista dos Tribunais.
- Tortura no Brasil (2000): *Um estudo sobre a prática da tortura por agentes públicos. Comissão de Direitos Humanos da Câmara dos Deputados* (Folter in Brasilien. Bericht über die Praxis der Folter durch Träger der öffentlichen Gewalt. Kommission für Menschenrechte des Abgeordnetenhauses). Brasília.
- Tucci, Rogerio Lauria (1998): "Processo Penal e Direitos Humanos no Brasil" (Strafprozess und Menschenrechte in Brasilien). In: *Revista dos Tribunais*, 755, S. 455-481.
- (2001): "A impunidade no Brasil" (Die Straflosigkeit in Brasilien). In: *CEJ* 15, S. 39-43.
- Tucci, Rogério/Vidigal, Edson (2002): "Inquérito Policial" (Das polizeiliche Ermittlungsverfahren). In: *CEJ* 18, S. 9-25.
- Varella, Draúzio (1996): *Estação Carandirú*. São Paulo: Companhia das Letras.
- Venacio Filho, Alberto (1982): *Das Arcadas ao Bacharelismo. 150 anos de Ensino Jurídico no Brasil* (150 Jahre Jurastudium in Brasilien). São Paulo: Editora Perspectiva.
- Vereinte Nationen/Menschenrechtskommission (2001): *Reisebericht über Brasilien des UN-Sonderberichterstatters für Folter, Nigel Rodley*. E/CN.4/2001/66/Add.2.
- Zaffaroni, Eugenio Raul/Batista, Nilo (2003): *Direito Penal Brasileiro* (Brasilianisches Strafrecht). Bd. I. Rio de Janeiro: Editora Revan.